

NEWSLETTER PROJEKTVERBUND
OKTOBER 2003

Themen dieses Newsletters:

1. Experten-Workshop zur Diskriminierung von Migranten im Wohnbereich
2. BASTA: Neubau eines Hospizes am Ostpark

1.
*** EXPERTEN-WORKSHOP
*** ZUR DISKRIMINIERUNG
*** VON MIGRANTEN IM WOHNBEREICH

Diskriminierung im Wohnbereich bekämpfen. Freizügigkeit von Zuwanderern sichern. lautete der Titel des Workshops, zu dem sich letzte Woche Mittwoch, dem 1. Oktober, rund 30 Experten aus den Bereichen Integrationspolitik, Wohnungsmarkt, Stadtentwicklung, Verwaltung sowie Wissenschaft in Dortmund trafen. Die Veranstaltung wurde organisiert vom Planerladen e.V. und vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Dr. Klaus Lefringhausen, der Integrationsbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, übermittelte die Grüße der Landesregierung. In seinem Einführungsreferat nannte er eine belastbare Basis des Dialogs zwischen der einheimischen Bevölkerung und den verschiedenen Migrantengruppen, also zwischen Mehrheiten und Minderheiten, die Voraussetzung für eine gelingende Integration. So können Lösungen auch für schwierige Fragen, z.B. bei Moscheebauten, gemeinsam gefunden werden. Ängste, von jeder Seite, gilt es nicht zu verdrängen, sondern zu benennen und dadurch auflösbar zu machen. Andernfalls könnten sie von Demagogen missbraucht werden.

>> Diskriminierung verstärkt Schwierigkeiten von Migranten auf dem Wohnungsmarkt <<

Zum Thema Diskriminierung bestand Einigkeit unter den Experten: Gerade auf dem Wohnungsmarkt, bei der Wohnungs- oder Immobiliensuche, werden Migranten oftmals diskriminiert. Sie haben im Schnitt höhere Mietausgaben als einheimische Mieter, müssen zu kleine und qualitativ schlechtere Wohnungen in Kauf nehmen und sind häufig gezwungen, sich auf bestimmte Stadtquartiere bei der Wohnungssuche zu beschränken. Oft stoßen sie auf Ablehnung durch Vermieter und Wohnungsgesellschaften, die die "gute Adresse" ihrer Häuser oder ihres Quartiers gewahrt wissen wollen und Migranten den Zuzug verwehren. Zuwanderer werden durch Quotierungen am Kauf von Immobilien oder Bauland gehindert oder bekommen, sofern sie selber Hauseigentümer oder Vermieter sind bzw. werden möchten, von Behörden und Banken Steine in den Weg gelegt. Zwar überlagern sich oftmals Diskriminierung und Probleme aufgrund der in der Regel schlechteren Einkommenssituation von Migranten. Dennoch ist die Tatsache der Diskriminierung nicht von der Hand zu weisen und verstärkt die ohnehin vorhandenen strukturellen Schwierigkeiten von Migranten auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt, auf den sie in Zukunft immer stärker drängen werden.

>> Rund 30 Experten aus Integrationspolitik, Wohnungsmarkt, Stadtentwicklung und Wissenschaft nahmen am Workshop teil <<

Neben dem Integrationsbeauftragten nahmen Vertreter aus verschiedenen Städten teil, so Dr. Helmuth Schweitzer vom Büro für interkulturelle Arbeit aus Essen, Rosi Wolf-Almanasreh, vormals Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, Sophie Graebisch-Wagener, Sozialdezernentin aus Bochum oder der Planungsdezernent der Stadt Dortmund, Ullrich Sierau. Ihre wissenschaftliche Sicht brachten u.a. Prof. Dr. Rudolf Giffinger aus Wien, Prof. Dr. Volker Kreibich von der Universität Dortmund, Prof. Dr. Hans van Amersfoort aus Amsterdam, Prof. Dr. Reiner Staubach, aus Höxter und Dortmund sowie Dr. Dirk Halm vom Zentrum für Türkeistudien in Essen in den Workshop ein. Neben Rainer Stücker, Jurist beim Dortmunder Mieterverein, berichteten Vermieter und Makler mit Migrationshintergrund aus Dortmund über ihre Erfahrungen. Für die Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Wohnungsunternehmen war Heinz-Peter Junker anwesend sowie von der Glückauf-Wohnungsbaugesellschaft aus Lünen Klaus Pfitzenreuter.

>> *"Gutes Integrationsklima" als Voraussetzung für den Abbau von Diskriminierung – Antidiskriminierungsgesetz als wichtiges Signal* <<

Während des ganztägigen Experten-Workshops stand, neben der Analyse der Situation von Migranten im Wohnbereich sowie dem Sichten guter und schlechter Beispiele, das Erarbeiten politischer Handlungsmöglichkeiten und Instrumente im Vordergrund. Diskutiert wurde darüber, wie das Negativimage von bestimmten „Zuwandererstadtteilen“ aufgewertet werden kann oder welche Möglichkeiten es gibt, die Stigmatisierungen von Ausländerkonzentrationen abzubauen. Insgesamt wurde ein „gutes Integrationsklima“ in der Gesellschaft, als wichtige Voraussetzung für den Abbau von Diskriminierung angesehen. Dass das Integrationsklima heute noch vielfach getrübt ist, war allen Anwesenden klar. Hierzu muss zunächst noch in vielen Köpfen ein Umdenken vorstattengehen. Zur Schaffung einer rechtlichen Position der von Diskriminierung Betroffenen forderten die Workshop-Teilnehmer die zügige Umsetzung des von der EU vorgegebenen und längst überfälligen Antidiskriminierungsgesetzes durch die Bundesregierung. Damit würde ein wichtiges politisches Signal in die richtige Richtung gesetzt werden. Das Antidiskriminierungsgesetz ist aber umstritten: Gerade Vermieter sehen damit ihre Vertragsfreiheit eingeschränkt und befürchten, dass abgewiesene ausländische Wohnungsbewerber zukünftig den Rechtsweg einschlagen werden.

>> *Geplante türkische Wohnsiedlung in Dortmund-Hörde wurde aktuelles Praxis-Beispiel* <<

Eine zusätzliche Aktualität erlangte das Workshop-Thema durch den geplanten Bau einer Wohnsiedlung mit Moschee in Dortmund-Hörde, deren Initiatoren ebenfalls am Workshop teilnahmen. Mustafa Aydin vom Türkisch-Islamischen Kulturverein und Architekt Isa Karatas freuten sich einerseits über das Votum der Bezirksvertretung Hörde, die dem umstrittenen Bauprojekt am Vorabend des Workshops eine weitere Tür geöffnet hatte. Andererseits konnten sie auch von einer Vielzahl von Diskriminierungen und offenen Anfeindungen berichten, die eine Realisierung des Projektes erschweren.

Von den Workshop-Teilnehmern wurden die Initiatoren der Wohnsiedlung ermutigt: ethnisch homogene, aber sozial möglichst gemischte Siedlungen können als durchaus förderlich für den Integrationsprozess angesehen werden. Trotz hoher Migrantenanteile in bestimmten Quartieren sei der Begriff „Ghetto“ hierzulande völlig unanpassend, werde aber allzu gerne zur Stigmatisierung von Minderheiten in unserer Gesellschaft missbraucht. Angemessener sei der Begriff „ethnische Kolonie“, mit dem sich in bezug auf die polnischen Migranten seit dem 19. Jahrhundert („Ruhrpolen“) im Ruhrgebiet bereits positive Integrationserfahrungen verbinden lassen. Aus Sicht des Planerladens, der sich in der Vergangenheit mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen bereits für die Öffnung von Wohnstandorten für Migranten auch im Dortmunder Süden eingesetzt hat, verbindet sich mit dem Hörder Wohnungsbauprojekt die Chance, die notwendigen Integrationsleistungen bei der Aufnahme von Migranten nicht allein den nördlichen Stadtteilen aufzubürden. Insofern ist das Projekt von hoher Signalwirkung, gerade auch in Richtung der verschiedenen ethnischen Minderheiten. Es gebe schon deshalb ein Eigeninteresse der Kommune an gelingender Integration, da man sonst langfristig mit den Folgekosten von Ausgrenzung zu kämpfen habe. Hier müsse noch deutlicher herausgestellt werden, dass bei einem solchen Projekt Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen zu „Gewinnern“ werden können.

Der Experten-Workshop war nicht für Zuhörer geöffnet. Im Nachgang wird aber eine ausführliche Dokumentation erstellt und veröffentlicht werden.

2.

*** NEUBAU EINES HOSPIZES AM OPSTPARK

Das Büro für Architektur und Stadtentwicklung BASTA ist Teil des Projektverbundes Nordstadt, aber auch über die Stadtteilgrenzen hinaus aktiv. Der von BASTA entworfene Neubau eines Hospizes mit 10 Plätzen am Dortmunder Ostpark ist nun fertiggestellt. Bauherr und Träger des Hospizes sind die von Bodelschwingschen Anstalten – Stiftungsbereich vor Ort. Am Dienstag, dem 14. Oktober 2003, wird es einen Tag der Offenen Tür geben, an dem von 14 bis 20 Uhr die Möglichkeit besteht, das Hospiz-Gebäude und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen zu lernen.

Das Hospiz in der Von-der-Tann-Straße findet seine Aufgabe darin, Schwerkranken sowie Sterbende und ihre Angehörigen zu begleiten. Die räumliche Gestaltung des Gebäudes am Ostpark ist auf die Bedürfnisse schwerkranker, sterbender Menschen ausgerichtet.